



Brüssel, den 11. Dezember 2014
(OR. en)

16855/14

DEVGEN 280
COHAFA 134
ACP 191
RELEX 1061
ALIM 17
AGRI 800
FAO 75
SAN 483

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 2. Dezember 2014

Empfänger: Herr Uwe CORSEPIUS, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.: COM(2014) 712 final

Betr.: BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT
UND DEN RAT Umsetzung der politischen Verpflichtungen der EU in
Bezug auf Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit: erster zweijährlicher
Bericht

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2014) 712 final.

Anl.: COM(2014) 712 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 2.12.2014
COM(2014) 712 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

**Umsetzung der politischen Verpflichtungen der EU in Bezug auf Nahrungsmittel- und
Ernährungssicherheit: erster zweijährlicher Bericht**

{SWD(2014) 343 final}

DE

DE

Liste der Abkürzungen

| | |
|--------------|--|
| AGIR | Globale Allianz für die Resilienz-Initiative (Alliance Globale pour l'Initiative Résilience) |
| AR4D | Agrarforschung im Dienste der Entwicklung (Agriculture Research for Development) |
| CAADP | Umfassendes Programm zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft (Comprehensive Africa Agriculture Development Programme) |
| CFS | Ausschuss für Welternährungssicherheit |
| CGIAR | Frühere Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung |
| CORAF/WECARD | Conseil Ouest et Centre Africain pour la Recherche et le Développement Agricole/West and Central African Council for Agricultural Research and Development |
| Drei K | Koordinierung, Komplementarität und Kohärenz |
| ECOWAP | Agrarpolitik der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten |
| ECOWAS | Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten |
| EIARD | Europäische Initiative für Agrarforschung im Dienste der Entwicklung |
| EK | Europäische Kommission |
| EU | Europäische Union |
| FAO | Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen |
| ICN2 | Zweite Internationale Ernährungskonferenz (Second International Conference on Nutrition) |
| IFAD | Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung |
| INRO | Internationale Nichtregierungsorganisation |
| MS | Mitgliedstaat |
| NEPAD | Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (New Partnership for Africa's Development) |
| NRO | Nichtregierungsorganisation |
| OECD-DAC | Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| PCD | Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung |
| SHARE | Unterstützung der Resilienz am Horn von Afrika (Supporting the Horn of Africa's Resilience) |
| SUN | Scaling Up Nutrition |
| UN-SCN | Ständiger Ausschuss für Ernährung der Vereinten Nationen |
| USAID | United States Agency for International Development (Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung) |

VGGT

Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests (Freiwillige Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern)

WFP

Welternährungsprogramm

WHA

Weltgesundheitsversammlung

1. EINLEITUNG

Mit der Annahme eines EU-weiten Politikrahmens für Ernährungssicherheit im Jahr 2010 strebten die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten zusammen mit allen Partnern die Verbesserung der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit an.¹ Seitdem wurden weitere Verpflichtungserklärungen der EU zur Entwicklungspolitik eingegangen, um die 2010 festgesetzten Prioritäten zu bekräftigen. Ein Umsetzungsplan zur Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit² wurde erstellt, der sich in sechs politische Prioritäten unterteilt und Leistungskriterien sowie indikative Maßnahmenbereiche enthält.³ Nach Genehmigung des Umsetzungsplans im April 2013 forderte der Rat die Europäische Kommission dazu auf, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten ab 2014 konsolidierte zweijährliche Fortschrittsberichte auf der Ebene der gesamten EU zu erstellen. Das vorliegende Dokument ist der erste Bericht dieser Art. Der Bericht enthält eine Überprüfung der Leistung der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei der Durchführung des Umsetzungsplans und dient dem Zweck, diese Informationen dem Europäischen Parlament und dem Rat sowie der breiten Öffentlichkeit mitzuteilen.

Mit diesem Bericht sollen zwei grundlegende Fragen hinsichtlich der erzielten Leistung beantwortet werden: 1) Wie wurden die bereitgestellten Mittel 2012 im Einklang mit den sechs politischen Prioritäten in spezifische Maßnahmen investiert? und 2) Wie wurden von der EU und ihren Mitgliedstaaten die „drei K“ (Koordinierung, Komplementarität und Kohärenz) in Bezug auf diese Prioritäten eingehalten?

Dieser Bericht stellt ein Instrument der nach oben gerichteten Rechenschaftspflicht dar. Er setzt eine Benchmark bzw. Basislinie fest, die für nachfolgende Berichte als Grundlage für den Vergleich der Leistung von EU-Gebern im Hinblick auf ihre Zusammenarbeit dient, um die vereinbarten politischen Prioritäten der EU zur Verbesserung der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit zu erfüllen. Der Bericht stützt sich auf die konsolidierten quantitativen Nachweise (Daten zu den bereitgestellten Mitteln auf der Grundlage der Berichterstattung des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) im Jahr 2012) sowie auf die qualitativen Daten zu den „drei K“, die von Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien den Niederlanden, Österreich, dem Vereinigten Königreich und der EU in ihren jeweiligen Berichten vorgelegt wurden. Die Methodik wird in Kapitel 4 der zugehörigen Arbeitsunterlage (Staff Working Document, SWD) beschrieben. Die Mittel der EU-Geber, die zu diesem Bericht beigetragen haben, stellen zusammen nahezu 90 % der gesamten (alle Sektoren betreffenden) öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) dar, die von der EU und allen Mitgliedstaaten bereitgestellt wurde.

In dem Bericht wird die Leistung der EU und ihrer Mitgliedstaaten anhand bestehender Leistungsbewertungskriterien überprüft. Infolgedessen wird ebenfalls geprüft, ob die derzeitigen Leistungsbewertungssysteme in der Lage sind, gültige und zuverlässige Daten zum Engagement der EU in den sechs politischen Prioritätsbereichen zu liefern.

¹ KOM(2010) 127, EU-Politikrahmen zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit und Schlussfolgerungen des Rates über einen EU-Politikrahmen zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit, 10. Mai 2010.

² Der Begriff „Ernährungssicherheit“ wurde durch „Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit“ ersetzt.

³ SWD(2013) 104 final, Boosting food and nutrition security through EU action: implementing our commitment (Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit durch EU-Maßnahmen vorantreiben: Umsetzung unserer Verpflichtungen).

Diesem Bericht ist ein Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen beigefügt, das zusätzliche Informationen und Fallstudien bietet.

2. IN WELCHEM MAßE WURDEN DIE POLITISCHEN VERPFLICHTUNGEN ERFÜLLT?

2.1 Gesamtanalyse der bereitgestellten Mittel

Die EU-Geber investierten 2012 nahezu 3,4 Mrd. EUR in die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit. Dies entspricht rund 8 % ihrer gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA). Die Maßnahmen verteilten sich über 2500 Programme und betrafen mehr als 115 Länder. Die EU-Mitgliedstaaten leisteten einen Beitrag durch ihre jeweiligen Programme. Zusätzlich stellten die EU-Geber in über 80 Ländern rund 1,1 Mrd. EUR für humanitäre Hilfe und Soforthilfe für die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit bereit.⁴ Durchschnittlich machten humanitäre Programme 25 % der gesamten auf die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit bezogenen Programme (humanitäre Hilfe plus Entwicklungshilfe) aus, wobei einige Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind (siehe Abbildung 1). Zusammen entsprachen Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe mehr als 10 % der ODA.

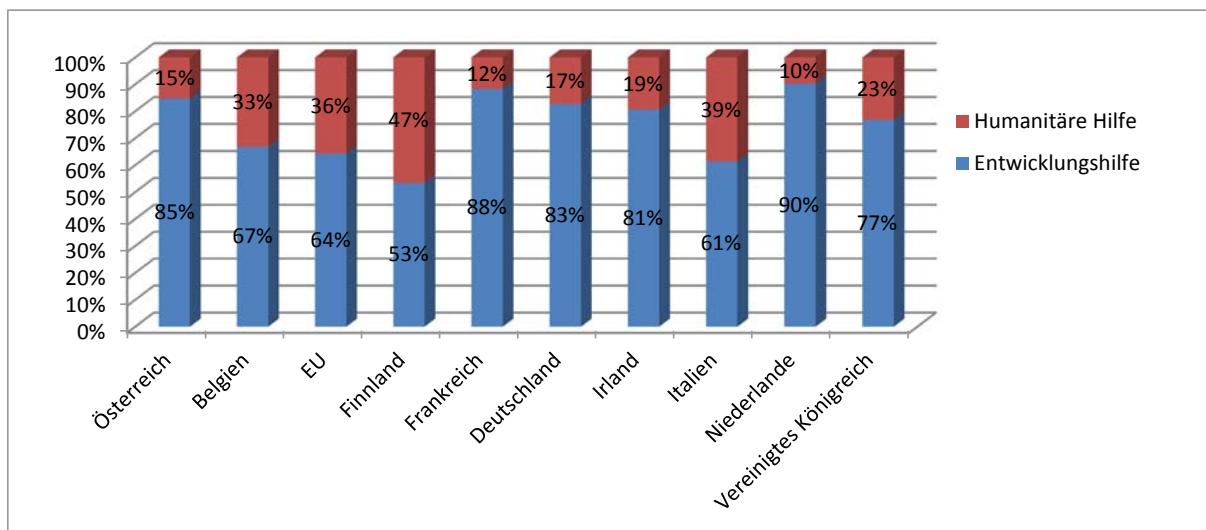


Abbildung 1: Anteil der Entwicklungs- und humanitären Hilfe für die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit pro Geber

| Tabelle 1: Geografische Verteilung der bereitgestellten Hilfe im Jahr 2012Kontinent | EUR | Prozent (%) |
|--|---------------|--------------------|
| Afrika südlich der Sahara | 1 439 111 341 | 43 % |
| Weltweit ⁵ | 958 251 930 | 28 % |
| Asien | 593 399 623 | 18 % |
| Lateinamerika und Karibischer Raum | 231 378 699 | 7 % |
| Nachbarschaftsregion | 87 841 667 | 2 % |

⁴ Auf die Ernährungssicherheit bezogene Soforthilfe und humanitäre Hilfe fielen nicht unter die langfristigen Verpflichtungen der EU im Hinblick auf Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit und sind deshalb nicht in diesem Bericht enthalten.

⁵ Umfasst Programme und Projekte, die in den betreffenden Datenbanken als „weltweit“ aufgeführt sind oder deren geografischer Standort „nicht angegeben“ lautet.

| | | |
|---------------|----------------------|--------------|
| Sonstige | 55 802 800 | 2 % |
| Gesamt | 3 365 786 060 | 100 % |

Die Mehrheit der Maßnahmen (etwa 65 %) wurden auf Länderebene durchgeführt, wobei über 115 Partnerländer (einschließlich fragiler Staaten⁶) Unterstützung erhielten. In geografischer Hinsicht war Afrika 2012 mit 43 % der Gesamtbeiträge der größte Empfänger (siehe Tabelle 1). In Afrika konzentrierten die einzelnen Mitgliedstaaten ihre Unterstützung auf bestimmte Länder, während für die EU eine breitere geografische Verteilung beobachtet werden kann. Bei fast 30 % handelte es sich um weltweite Maßnahmen, was die Bedeutung der globalen Dimension der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit als öffentliches Gut zeigt.

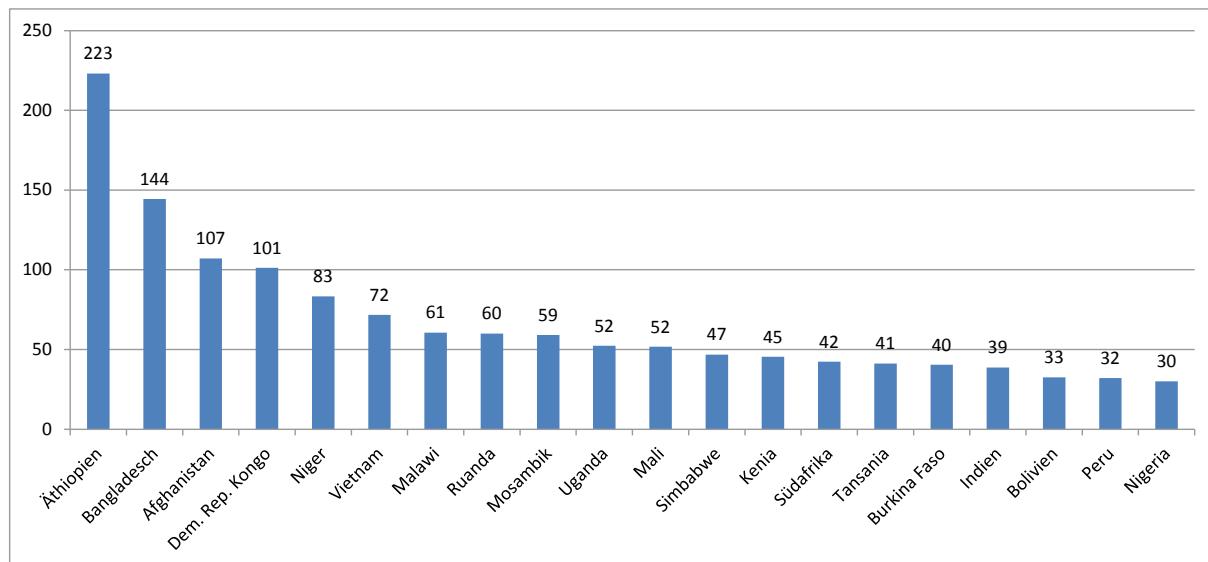


Abbildung 2: Von Partnerländern erhaltene Unterstützung (in Mio. EUR)

Abbildung 2 zeigt die 20 Partnerländer, die die größte Unterstützung erhielten. Weitere Informationen enthält die Tabelle in Kapitel 1 der Arbeitsunterlage, aus der hervorgeht, dass 68 Partnerländer durchschnittlich weniger als 3 Mio. EUR pro Geber erhalten haben.

2.2 Maßnahmen in den sechs politischen Prioritätsbereichen

Im folgenden Abschnitt werden die Maßnahmen der EU-Geber in den sechs politischen Prioritätsbereichen beleuchtet.

Tabelle 2: Verteilung der bereitgestellten Mittel nach politischer Priorität

| Priorität | Betrag (in Mio. EUR) | Prozent (%) |
|--|----------------------|-------------|
| Priorität 1: Verbesserung der Resilienz von Kleinbauern und der Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten | 2022 | 60 % |
| Priorität 2: Unterstützung einer wirksamen Governance | 395 | 12 % |
| Priorität 3: Unterstützung regionaler Initiativen im Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit | 151 | 4 % |

⁶

http://siteresources.worldbank.org/EXTLICUS/Resources/511777-1269623894864/FY10toFY13Harmonized_list_Fragile_Situations.pdf
Harmonisierte Liste der Staaten mit unsicherer Lage, Haushaltsjahr 2012.

| Priorität | Betrag (in Mio. EUR) | Prozent (%) |
|---|----------------------|--------------|
| Priorität 4: Stärkung sozialer Schutzmechanismen für Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit | 209 | 6 % |
| Priorität 5: Verbesserung der Ernährung | 467 | 14 % |
| Priorität 6: Verbesserung der Koordinierung zwischen humanitären Partnern und Entwicklungspartnern zur Erhöhung der Resilienz | 122 | 4 % |
| Gesamt | 3366 | 100 % |

Die Mehrheit der Maßnahmen (rund 60 %) sind in Priorität 1 (Verbesserung der Resilienz von Kleinbauern und der Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten) angesiedelt, gefolgt von den Prioritäten 5 (Verbesserung der Ernährung) und 2 (Unterstützung einer wirksamen Governance).

Es wurden die für jede Priorität bereitgestellten Mittel untersucht. Viele der Maßnahmen leisteten einen Beitrag in mehreren Prioritätsbereichen. Da die Methodik eine Kategorisierung der Programme im Hinblick auf mehrere Prioritäten nicht zuließ, können die Zahlen nicht als absolut betrachtet werden. Das Leistungskriterium „Anzahl und Wert der gemeinsamen Programme der EU und ihrer Mitgliedstaaten, die auf nationaler, regionaler und globaler Ebene unterstützt wurden“ war schwierig zu bewerten und wurde somit nicht in die analysierten Leistungskriterien einbezogen. Es ist zu beachten, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich in verschiedenen Politikbereichen engagieren. Somit spiegeln die Ausgabenzahlen die Bedeutung der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit unter Umständen nicht vollständig wider.

2.2.1 Politische Priorität 1: Verbesserung der Resilienz von Kleinbauern und der Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten

Bewertung der Leistungskriterien

- 1560 Programme erhielten 2,02 Mrd. EUR in 108 Ländern oder auf internationaler Ebene.
- 149 nationale und internationale Forschungsprogramme wurden mit 379 Mio. EUR unterstützt.

Über die Hälfte aller 2012 bereitgestellten Mittel (2 Mrd. EUR, rund 60 % des Gesamtbetrags) wurden Priorität 1 zugewiesen. Dies belegt, dass die Verbesserung der Resilienz von Kleinbauern und der Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten ein wichtiges Ziel der kombinierten EU-Hilfe war. Rund 1560 Programme in mehr als 100 Ländern erhielten finanzielle Unterstützung.

Zu diesen Maßnahmen zählten: Unterstützung einer nachhaltigen Intensivierung und Diversifizierung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft (insbesondere der von Frauen betriebenen); Verbesserung des Zugangs von Kleinbauern zu Land und Wasser, Betriebsmitteln sowie Kredit- und Beratungsleistungen; Unterstützung der Partnerländer bei der Bekämpfung der negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit; Unterstützung einer breitenwirksamen Agrar- und sonstigen Forschung für die technologische Entwicklung sowie für Technologietransfer, Technologieausbau und Innovation; Verbesserung der Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten durch Maßnahmen für Einkommensbildung, Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des landwirtschaftlichen Bereichs, Wertschöpfungsketten und Agrarunternehmen.

Etwa 62 % der für Priorität 1 bereitgestellten Mittel wurden auf Länderebene, 33 % auf globaler Ebene und 5 % auf regionaler Ebene eingesetzt. Die meisten Mittel (37 %) wurden

Afrika zur Verfügung gestellt, gefolgt von 34 %, die weltweit eingesetzt wurden, und 18 %, die Asien erhielt. Unter den zehn Ländern, die den größten Anteil an Geldern im Rahmen dieser Priorität erhielten, befanden sich mehrere fragile Staaten und Staaten mit unsicherer Ernährungslage wie Äthiopien, Afghanistan und die Demokratische Republik Kongo (siehe Arbeitsunterlage Kapitel 3, Abbildung 1).

Die nachhaltige Landbewirtschaftung ist ein wichtiges Element zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kleinbauern. Die EU und mehrere Mitgliedstaaten unterstützen eine Reihe von Initiativen in Äthiopien, wo ein hoher Anteil der Landbevölkerung physischen und wirtschaftlichen Belastungen ausgesetzt ist. Das deutsch-äthiopische Programm zur nachhaltigen Landbewirtschaftung (Ethio-German Sustainable Land Management Programme) betrifft beispielsweise die Regionen Amhara, Oromia und Tigray und umfasst die Einführung von Techniken und Maßnahmen zum Erosionsschutz und die Organisation von Nutzergruppen zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten.

Auf nachhaltige Landwirtschaft sowie Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit ausgerichtete Forschung und Innovation (Agrarforschung im Dienste der Entwicklung, AR4D) waren ein weiterer wichtiger Unterstützungs bereich im Rahmen von Priorität 1. Die EU-Geber leisteten mit 380 Mio. EUR im Jahr 2012 einen wesentlichen Beitrag zur Agrarforschung im Dienste der Entwicklung. Dies umfasste die Unterstützung globaler Initiativen wie CGIAR (frühere Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung), regionale Organisationen, insbesondere in Afrika, sowie nationale Agrarforschungsinstitute. Europäische Geber sind Mitglieder der Europäischen Initiative für Agrarforschung im Dienste der Entwicklung (EIARD) (siehe Kasten 1).

Kasten 1: EIARD

Die **EIARD** ist eine feste informelle Plattform zur Koordinierung der politischen Strategien der EU und ihrer Mitgliedstaaten zusammen mit der Schweiz und Norwegen. Die EIARD wurde 1997 vom Rat und vom Europäischen Parlament anerkannt, um die Koordinierung der europäischen Politik und Investitionen im Rahmen der Agrarforschung im Dienste der Entwicklung (AR4D) zu erleichtern.

2012 stellten die EIARD-Mitglieder (einschließlich der EU) dem CGIAR-Fonds 231 Mio. USD (45 % des Gesamtbetrags) bereit. Die Koordinierung der europäischen Unterstützung der CGIAR steht ganz oben auf der Agenda der EIARD. Die EIARD ist außerdem aktives Mitglied des Europäischen Forums für Agrarforschung im Dienste der Entwicklung (EFARD), das eine Vielzahl von Akteuren vereint.

Von der EIARD in Auftrag gegebene politische Kurzberichte und Positionspapiere haben bekräftigt, wie wichtig es ist, Forschungen in konkrete Aktionen umzusetzen, um eine stärkere Wirkung auch für die ärmsten Gruppen von Landwirten zu erzielen. Dank der EIARD ist Europa eine der stärksten Stimmen im Rat der CGIAR (siehe auch Fallstudie in der Arbeitsunterlage in Kapitel 2.1).

2.2.2 Politische Priorität 2: Unterstützung einer wirksamen Governance

Bewertung der Leistungskriterien

- 410 Programme in 87 Ländern erhielten 395 Mio. EUR.
- Die gemeinsamen Positionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten führten 2012 im Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) zur Verabschiedung der „Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests“ (VGGT, Freiwillige Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern).
- Aus dem Peer-Review des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) von 2012 und dem Bericht der EU über die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (Policy Coherence for Development, PCD) von 2013 geht hervor, dass sich die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung immer mehr verbessert.

Rund 12 % der Investitionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Jahr 2012 in Höhe von 395 Mio. EUR flossen in die Unterstützung einer wirksamen Governance ein. Zu den betreffenden Maßnahmen zählten: Unterstützung von im Ausschuss für Welternährungssicherheit diskutierten Initiativen; Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft und von Bauernorganisationen in Partnerländern und Förderung ihrer Befähigung zur Mitwirkung in Entscheidungsfindungsprozessen; Förderung von Frauen und Stärkung ihrer Rolle bei der Entscheidungsfindung bezüglich der Produktion und des Verbrauchs von Nahrungsmitteln und bezüglich des Haushaltsvermögens; Unterstützung der Dezentralisierung und der lokalen Governance zur Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit; Unterstützung des Umfassenden Programms zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft (Comprehensive Africa Agriculture Development Programme, CAADP); Stärkung der globalen Governance im Hinblick auf Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, einschließlich Unterstützung der Initiative „Scaling Up Nutrition“ (SUN); Verstärkung der Lobbyarbeit, um sicherzustellen, dass der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit Priorität in internationalen und regionalen Foren sowie auf der Ebene der nationalen Regierungen in den Partnerländern zukommt.

Etwa 63 % der für Priorität 2 bereitgestellten Mittel wurden auf Länderebene, 13 % auf regionaler Ebene und 24 % auf globaler Ebene eingesetzt. Im Hinblick auf die geografische Verteilung wurden 41 % der Mittel Afrika, 15 % Asien und 8 % Lateinamerika und der Karibik zugewiesen. Allgemein umfasste dies die nicht zweckgebundene Kernfinanzierung der Ernährungsorganisationen in Rom – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und Welternährungsprogramm (WFP) –, um die regionale und globale Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit zu unterstützen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten beteiligen sich an internationalen Debatten und Rundtischgesprächen und vertreten die gemeinsamen Positionen der EU bei Verhandlungen über Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu den Themen landwirtschaftliche Entwicklung, Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, Frauen im ländlichen Raum und das Recht auf Nahrung sowie auf den jährlichen Sitzungen des UN-Menschenrechtsrates. Außerdem erarbeitet die EU gemeinsame Positionen, die sie auf den jährlichen Sitzungen des Ausschusses für Welternährungssicherheit vertritt.

Ein Beispiel dieser gemeinsamen Arbeit ist die Unterstützung der „Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests“ (VGGT) durch die EU-Geber. Die EU-Geber sind derzeit in nationalen, regionalen und internationalen Initiativen zur Umsetzung der VGGT aktiv, mit denen die verantwortungsvolle Verwaltung von Landnutzungsrechten (Land Governance) und die Sicherheit von Grundbesitzverhältnissen unterstützt werden sollen. Ein weiteres Beispiel ist die Beteiligung der EU-Geber am fortlaufenden Prozess im Ausschuss für Welternährungssicherheit zur Entwicklung freiwilliger Prinzipien für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft (Principles for Responsible Agricultural Investment (RAI)).

In Afrika arbeiten EU-Geber im Rahmen des CAADP Development Partners Task Team sowie als Beitragsträger zum Gebertreuhandfonds (Multi-Donor Trust Fund) und zu vielen anderen Initiativen auf Länderebene eng zusammen, um das CAADP auf kontinentaler, regionaler und Länderebene zu unterstützen. Im Zuge des Afrikanischen Jahres der Landwirtschaft, das 2014 zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Malabo führte, haben die Entwicklungspartner unter der Leitung der EU die Afrikanische Union und die NEPAD Planning and Coordinating Agency (NPCA) in politischer Hinsicht unterstützt.

In Bezug auf das Leistungskriterium der Verbesserung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (PCD) wurden sowohl auf EU-Ebene als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten gute Fortschritte erzielt, wie aus dem Peer-Review 2012 des OECD-DAC und dem Bericht 2013 der EU über Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung hervorgeht. Finnland testete das PCD-Instrument der OECD, indem die politischen Maßnahmen Finlands und der EU analysiert wurden, die sich auf die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern auswirken.

2.2.3 Politische Priorität 3: Unterstützung regionaler Initiativen im Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit

Bewertung der Leistungskriterien

- 98 regionale Programme erhielten Zahlungen in Höhe von 151 Mio. EUR.

In die politische Priorität 3 flossen 4 % der bereitgestellten Gesamtmittel ein. Die EU-Geber stellten rund 151 Mio. EUR für insgesamt 98 Programme bereit.

Im Rahmen dieser Priorität wurden folgende Initiativen unterstützt: Entwicklung und Umsetzung regionaler agrarpolitischer Maßnahmen; Strategien, um die Integration der regionalen Lebensmittelmärkte (zum Beispiel des Fischsektors) voranzutreiben; Programme zur Bekämpfung von Tierseuchen; Initiativen zur Verbesserung von Gesundheits- und Pflanzenschutzstandards und der Nahrungsmittelsicherheit, um ernährungsbedingte Krankheiten zu bekämpfen. Weitere 2012 unterstützte Initiativen betrafen Informationssysteme für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, zum Beispiel Frühwarnsysteme und Markttransparenz.

Im Hinblick auf die geografische Verteilung der Investitionen wurden rund 35 % der Mittel Afrika, 42 % für Maßnahmen auf globaler Ebene, 12 % Asien und 7 % Lateinamerika und der Karibik zugewiesen.

Im Zusammenhang mit der Agrarpolitik der ECOWAS (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten), als ECOWAP bezeichnet (siehe Kasten 2), leisten die EU, Frankreich, Spanien, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Deutschland jeweils

Unterstützung im Bereich der regionalen Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit in Westafrika. In Kapitel 2.2 der Arbeitsunterlage wird eine Fallstudie für die europäische Unterstützung der ECOWAP, einschließlich Anstrengungen zur Förderung der Koordinierung, Komplementarität und Kohärenz, vorgestellt.

Kasten 2: ECOWAP

Die gemeinsamen Anstrengungen der EU und einiger ihrer Mitgliedstaaten zur Unterstützung der ECOWAP sind ein Beispiel für die Koordinierung und Komplementarität von EU-Gebern im Rahmen von Initiativen für Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit. Die EU-Geber wirken innerhalb der ECOWAP-Gruppe zusammen und sind an gemeinsamen Maßnahmen unter der Leitung der ECOWAP beteiligt. Beispielsweise unterstützen die EU, Frankreich und Spanien das regionale System für Nahrungsreserven. Bei der Bekämpfung von Fruchtfliegen erhielt die ECOWAS Unterstützung durch die EU und Frankreich. Darüber hinaus unterstützen Frankreich, Spanien und die USA die Regional Agency for Agriculture and Food (RAAF).

Die ECOWAP ist allgemein als erste Einrichtung dieser Art auf dem afrikanischen Kontinent anerkannt, die sich mit der Umsetzung der regionalen Dimension des CAADP befasst. Außerdem gibt es allem Anschein nach einen breiten Konsens unter den nationalen Akteuren, was die Bedeutung der ECOWAP als Rahmen zur Steuerung strategischer regionaler Investitionen zur Bewältigung grenzüberschreitender Probleme anbelangt.

2.2.4 Politische Priorität 4: Stärkung sozialer Schutzmechanismen für Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, insbesondere für gefährdete Bevölkerungsgruppen

Bewertung der Leistungskriterien

- 94 Programme in 40 Ländern erhielten 209 Mio. EUR.

In die politische Priorität 4 flossen 6 % der 2012 bereitgestellten Gesamtmittel ein. Die EU-Geber stellten rund 209 Mio. EUR für insgesamt 94 Programme in 40 Ländern bereit.

Die jüngste Nahrungsmittelkrise machte darauf aufmerksam, wie wichtig soziale Transferleistungen sind, um die Nahrungsmittelsicherheit in Haushalten zu gewährleisten, die Ernährung zu verbessern, Armut und Vulnerabilität zu verringern und die landwirtschaftliche Entwicklung zu fördern. In mehreren Ländern wurden verschiedene Arten sozialer Transferleistungen wie saisonale Bartransfers und Nahrung für Arbeit oder Wertgutscheine eingesetzt, um kurzfristig den Zugang zu Nahrungsmitteln zu erleichtern. 96 % der Programme im Rahmen von Priorität 4 wurden auf Länderebene und 4 % auf globaler Ebene umgesetzt. Zu den zehn Ländern, die 2012 die größte Unterstützung erhielten, zählten Äthiopien, Bangladesch, Kenia und Somalia (siehe Kapitel 3, Abbildung 4 der Arbeitsunterlage).

Das Programm für produktive Sicherheitsnetze in Äthiopien wird von Äthiopiens Regierung als ausgezeichnetes Programm wahrgenommen. Dieses Programm befasst sich mit der chronischen Ernährungsunsicherheit in Äthiopien und wird durch ein Konsortium aus EU-Gebern (darunter Dänemark, das Vereinigte Königreich, Irland, Schweden, die Niederlande und die EU) und Nicht-EU-Gebern finanziert.

2.2.5 Politische Priorität 5: Verbesserung der Ernährung, insbesondere für Mütter, Säuglinge und Kinder

Bewertung der Leistungskriterien

- 278 ernährungsbezogene Programme in 63 Ländern erhielten 467 Mio. EUR.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind verstärkt für eine verbesserte Ernährung eingetreten, wie dies durch ihre aktive Beteiligung an internationalen Prozessen (zum Beispiel G8/G20, SUN und die Weltgesundheitsversammlung) sowie durch ihre Unterstützung der generellen Berücksichtigung der Ernährung in CAADP-Investitionsplänen belegt wird. Bestätigt wird dies auch durch die Tatsache, dass bereits 45 Entwicklungsländer der SUN-Bewegung beigetreten sind.

Die politische Priorität 5 ist ein Bereich, in dem die gemeinsame Arbeit der EU-Geber bereits zu Erfolgen geführt hat. In diesen Prioritätsbereich flossen 14 % (rund 467 Mio. EUR) der 2012 bereitgestellten Gesamtmittel ein, wovon insgesamt 278 Programme in 63 Ländern profitierten. Nach der politischen Priorität 1 war diese Priorität der zweitwichtigste Bereich für die EU-Geber im Jahr 2012.

Diese Priorität umfasste Initiativen zur Bekämpfung der Unterernährung, indem ernährungsbezogene und ernährungssensible Maßnahmen finanziert und ausgeweitet wurden, die sich speziell an Mütter und Kleinkinder (mit Schwerpunkt auf den ersten 1000 Tagen des Lebens) richteten.

Durch die Maßnahmen wurden außerdem kontinentale, regionale und nationale Ernährungsforschungsprogramme und -pläne unterstützt. Die Partnerländer wurden ermutigt, die nationale Ernährungsverwaltung zu verbessern, damit ernährungsbezogene Themen vermehrt in der nationalen Politik, beispielsweise der Landwirtschafts- oder der Gesundheitspolitik, berücksichtigt werden. Außerdem soll die verbesserte Ernährungsverwaltung zu einer stärkeren Sensibilisierung für Ernährung und zu einem geänderten Ernährungsverhalten beitragen.

Rund 80 % der 2012 im Rahmen von Priorität 5 unterstützten Programme wurden auf Länderebene, 17 % auf globaler Ebene und 3 % auf regionaler Ebene umgesetzt. Im Hinblick auf die geografische Verteilung dieser Investitionen wurden 46 % der Mittel Afrika, 17 % für Maßnahmen auf globaler Ebene, 26 % Asien und 8 % Lateinamerika und der Karibik zugewiesen. Zu den Ländern, die 2012 die höchste Unterstützung erhielten, zählten Bangladesch, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Nigeria und Myanmar (siehe Kapitel 3, Abbildung 5 der Arbeitsunterlage).

Die EU-Geber beteiligten sich an internationalen Anstrengungen und engagierten sich in den maßgeblichen Gremien wie G8/G20, der Weltgesundheitsversammlung, dem Ausschuss für Welternährungssicherheit, der SUN-Bewegung und dem Ständigen Ausschuss für Ernährung der Vereinten Nationen und konnten somit eine bessere Koordinierung, eine erhöhte Wirksamkeit und eine stärkere Mobilisierung für eine verbesserte Ernährung erzielen. Gute Beispiele für die gemeinsame globale Arbeit im Bereich der Ernährung umfassen die Unterstützung des Sekretariats der SUN-Bewegung durch die EU, Deutschland, Frankreich, Irland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich (siehe Kasten 3). Dies veranschaulicht die potenziellen Stärken der Koordinierung, Komplementarität und Kohärenz der EU auf globaler Ebene und im Hinblick auf die globale Governance. (Weitere Informationen finden Sie in der Fallstudie in Kapitel 2.3 der Arbeitsunterlage.)

Kasten 3: Die SUN-Bewegung

Der Zusammenschluss einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission zur Unterstützung des Sekretariats der SUN-Bewegung ist ein Beispiel für die Koordinierung und Komplementarität der EU auf der globalen Ebene.

„Scaling Up Nutrition“ (SUN) ist eine weltweite Bewegung, die alle maßgeblichen Akteure im Kampf gegen Unterernährung vereint, wobei der Schwerpunkt auf der Verstärkung des politischen Willens und der Erhöhung der Investitionen liegt, um der Unterernährung bei Müttern, Säuglingen und Kindern entgegenzuwirken. Deutschland, Frankreich, Irland, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und die Europäische Kommission arbeiten im Netzwerk der SUN-Geber zusammen, um die SUN-Bewegung zu unterstützen, und finanzieren gemeinsam, zusammen mit anderen Akteuren, den Arbeitsplan des Sekretariats der SUN-Bewegung. Diese kollektive Zusammenarbeit der Geber in Verbindung mit einer koordinierten Lobbyarbeit ermöglicht eine konsolidierte strategische Planung, Haushaltsplanung und Berichterstattung mit einer vorhersehbaren mehrjährigen Finanzierung.

Auf dem Gipfel „Nutrition for Growth“ (Ernährung für Wachstum), der 2013 in London stattfand, definierten die EU-Geber ihre politischen und finanziellen Verpflichtungen zur Bekämpfung von Wachstumsstörungen, indem sie 7,9 Mrd. EUR zusagten (1,7 Mrd. für ernährungsbezogene Maßnahmen und 6,1 Mrd. für ernährungssensible Maßnahmen).⁷ Durch ihre spezielle Verpflichtung, Wachstumsstörungen bei 7 Millionen Kindern unter fünf Jahren bis 2025 zu verringern, ging die Europäische Kommission mit gutem Beispiel voran, das anderen als Vorbild dienen kann, und stellte sich somit als wichtiger Akteur in der politischen Arena dar.

Die EU-Geber beteiligten sich an einer Reihe gemeinsamer Aktivitäten, darunter der Entwicklung einer Methodik zur Schätzung der Ausgaben für ernährungssensible Maßnahmen sowie eines Rechenschaftsrahmens zur Überwachung der Auswirkung ernährungsbezogener Maßnahmen und zur Verfolgung von Investitionen in Ernährungsprojekte. Auf Länderebene wurden gemeinsame Aktivitäten in Tadschikistan, Jemen, Äthiopien, der Sahelzone, Sambia, Bangladesch und Mosambik durchgeführt.

2.2.6 Politische Priorität 6: Verbesserung der Koordinierung zwischen humanitären Partnern und Entwicklungspartnern zur Erhöhung der Resilienz und Förderung der nachhaltigen Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit

Bewertung der Leistungskriterien

- 63 auf Resilienz bezogene Programme in 18 Ländern erhielten 2012 122 Mio. EUR.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten bestätigten 2012 die Bedeutung einer Erhöhung der Resilienz in 23 Ländern und führten acht gemeinsame Analysen und Planungsmaßnahmen durch.

In die politische Priorität 6 flossen 4 % der 2012 bereitgestellten Gesamtmittel ein. Die EU-Geber stellten rund 122 Mio. EUR für insgesamt 63 Programme in 18 Ländern zur Verfügung. Einige der unter anderen Prioritäten aufgeführten Maßnahmen (beispielsweise Priorität 1: Verbesserung der Resilienz von Kleinbauern und der Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten, Priorität 4: Stärkung sozialer Schutzmechanismen für Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, insbesondere für gefährdete Bevölkerungsgruppen, und Priorität 5: Verbesserung der Ernährung, insbesondere für Mütter, Säuglinge und Kinder) betrafen ebenfalls diesen Prioritätsbereich.

⁷

Wechselkurs EUR/USD 1,29.

Unter Priorität 6 fielen Maßnahmen zur Verbesserung der Resilienz von besonders anfälligen Gruppen für die Auswirkungen und Folgen von Krisen. Der Schwerpunkt lag hierbei auf der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit. Die meisten Maßnahmen dienten der direkten Unterstützung von Haushalten und Gemeinschaften, um den Zugang zu ausreichenden und geeigneten Nahrungsmitteln zu verbessern. Dies wurde durch vorübergehende soziale Transferleistungen, durch ernährungsbezogene Maßnahmen in Bezug auf Frauen und Kinder sowie durch Maßnahmen zur Aufnahme oder Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und zur Erhaltung natürlicher Produktionsmittel erzielt.

Im Rahmen von Priorität 6 setzten sich die Geber dafür ein, die Erhöhung der Resilienz in die politischen Strategien und Planungen der Partnerländer aufzunehmen. Außerdem wurden die Partnerländer und lokalen Gemeinschaften in ihrer Kompetenz unterstützt, Krisen, die sich auf die Nahrungsmittelsicherheit auswirken, vorherzusagen und zu verhindern sowie sich auf solche Krisen vorzubereiten und besser darauf zu reagieren. In diesem Zusammenhang wurden die unterschiedlichen Auswirkungen sowie die unterschiedlichen Fähigkeiten von Frauen, Männern und gefährdeten Gruppen berücksichtigt, und es wurde eine verbesserte Risikoüberwachung einbezogen.

Im Hinblick auf die geografische Verteilung der Investitionen wurden rund 75 % der Mittel Afrika, 23 % für Maßnahmen auf globaler Ebene und 2 % Asien zugewiesen. Daher überrascht es nicht, dass neun afrikanische Länder den größten Anteil an Unterstützung erhielten; dazu zählten Niger, Mali, Mauretanien, Somalia, Äthiopien und Sudan (siehe Kapitel 3, Abbildung 6 der Arbeitsunterlage).

Vor kurzem verstärkten die EU-Geber ihr Engagement zur Stärkung der Resilienz von besonders gefährdeten Gemeinschaften, indem Maßnahmen gezielt auf die Hauptursachen der Ernährungsunsicherheit ausgerichtet werden, um die Folgen von Nahrungsmittelkrisen zu mildern. Im Mai 2013 nahm die EU einen neuen politischen Rahmen an, um den Herausforderungen bei der Erhöhung der Resilienz zu begegnen. Auf regionaler Ebene wurde im Dezember 2012 die Globale Allianz für die Resilienz-Initiative in Westafrika und im Sahel (AGIR) ins Leben gerufen, deren Mitbegründerin die EU war. Des Weiteren beteiligte sich die EU an der Geberinitiative, die im Rahmen der Unterstützung der Resilienz am Horn von Afrika (SHARE) die Wiederbelebung von Gebieten fördert, die von Dürrekatastrophen betroffen sind.

Auf regionaler Ebene trugen Finanzhilfen von der EU, Frankreich und Spanien über die Initiative AGIR in Westafrika dazu bei, ein System für Nahrungsmittelnotreserven in der Region einzurichten. Die EU-Geber führten eine Reihe gemeinsamer Analysen und Planungsmaßnahmen durch, um die Resilienz zu steigern. Beispiele hierfür sind die Verbesserung der Resilienz auf Länderebene in Niger, Côte d'Ivoire, Burkina Faso, Mali, Tschad und Senegal, Programmpläne auf Länderebene in Äthiopien, Somalia, Kenia und Uganda sowie gemeinsame Analysen und Planungsmaßnahmen in Haiti.

2.3 Koordinierung, Komplementarität und Kohärenz („drei K“)

Wenn 44 Länder von mehr als fünf EU-Gebern unterstützt werden, ist die Koordinierung ein wichtiger Aspekt, um die Wirksamkeit der EU-Hilfen auf Länderebene sicherzustellen. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die EU an den Strategien für Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit und den Agrarinvestitionsprogrammen der Partnerländer und richtet ihre Hilfen auf diese Strategien und Programme aus. Hierbei werden bestehende Strukturen wie

sektorbezogene Arbeitsgruppen (die häufig nicht nur auf EU-Geber beschränkt sind) als wichtige Mechanismen erachtet, über die die EU-Geber ihre Arbeit koordinieren, den politischen Dialog führen und regelmäßig Informationen austauschen.

Neben der Koordinierung zwischen Gebern und Partnerländern verbessern Prozesse zum Kapazitätsaufbau die Koordinierung zwischen allen lokalen und nicht lokalen Akteuren wie Nichtregierungsorganisationen (NRO), internationale Nichtregierungsorganisationen (INRO), die Privatwirtschaft und Forschungsorganisationen im Bereich Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit.

Die gemeinsame Programmplanung der EU trägt wesentlich zur Komplementarität und zu den Synergien der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei. Seit 2011 liegen gemeinsame Programmplanungsprozesse in rund 20 Partnerländern an, auch wenn sich die Prozesse in den einzelnen Ländern in einer unterschiedlichen Phase befinden.⁸ Ein Beispiel für die gemeinsame Programmplanung der EU und ihrer Mitgliedstaaten ist die Entwicklung eines EU+-Fahrplans für Ernährung in Äthiopien. Dieser stellt ein praktisches Beispiel dar für gemeinsame Analysen sowie die kollektive Planung, Priorisierung, Aufteilung der Zuständigkeiten und Koordinierung bei Ernährungsmaßnahmen.

Gemeinsame Umsetzungskonzepte umfassen die Arbeitsteilung je nach Sektor, gemeinsame Analysen, Einschätzungen und Reaktionen der Sektoren, Hilfemodalitäten (Budgethilfe, Finanzierungspools, delegierte Zusammenarbeit und Treuhandfonds) sowie gemeinsame Überwachungs-, Evaluierungs- und Berichtssysteme. Außerdem konnte durch gemeinsame strategische Konzepte bei globalen Initiativen die Komplementarität verbessert werden, zum Beispiel bei der Einführung von AGIR und SUN im Tschad.

Die Maßnahmen im Rahmen der sechs Prioritäten waren mit den Strategien der Partnerländer konsistent. In Kenia spiegelte die Arbeitsteilung der EU-Geber die politischen Prioritäten des Umsetzungsplans wider. In einer Fallstudie zu Äthiopien, auf die in Kapitel 2.4 der Arbeitsunterlage verwiesen wird, werden die europäischen Anstrengungen zur Verbesserung der „drei K“ innerhalb der Außenhilfeprogramme der EU-Geber sowie zwischen diesen Programmen analysiert (siehe Kasten 4).

Kasten 4: „Drei K“ in Äthiopien

Die partizipative Fallstudie zu den „drei K“ in Äthiopien zeigte, dass im Hinblick auf die klare Perspektive, die Eigenverantwortung und die Führungsrolle der äthiopischen Behörden die EU-Geber wichtige Partner bei der Bewältigung der dringlichsten Probleme im Bereich der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit sind. Die großen nationalen Vorreiterprogramme, die unter der Leitung des betreffenden Landes stehen, werden mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft entwickelt und umgesetzt, die Kanäle für den strukturierten Dialog sowie für Finanzierungsbeiträge bereitstellt.

Die gemeinsame Programmplanung bietet eine einmalige Gelegenheit für eine verbesserte Koordinierung und für gemeinsame Analysen sowie eine kollektive Planung, Priorisierung und Aufteilung der Zuständigkeiten, um die Wirksamkeit der Anstrengungen der Geber zu erhöhen. Es bestehen Bestrebungen, in diesen Prozess weitere äthiopische Partner einzubeziehen, zum Beispiel die Zivilgesellschaft und andere wichtige Geber.

⁸ Gemeinsame Analysen wurden in Bolivien, Côte d'Ivoire und Äthiopien durchgeführt, während gemeinsame Programmplanungsdokumente für Südsudan, Burundi, Kambodscha, Tschad, die Komoren, Ghana, Guatemala, Kenia, Laos, Myanmar, Namibia, Paraguay, Ruanda, Senegal und Togo entwickelt wurden.

Auf EU-Ebene umfassen formelle Koordinierungsvereinbarungen die Arbeitsgruppen des Europäischen Rates, während der informelle Austausch durch die Leiter der Gruppe für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (HARD), einschließlich der zugehörigen Untergruppen für Landfragen und Privatsektorförderung in der Landwirtschaft, und die EIARD stattfindet, die als wichtige Mechanismen für die Erarbeitung politischer Strategien und den Informationsaustausch wahrgenommen werden. Die Koordinierung innerhalb der EIARD-Plattform fördert die Erarbeitung gemeinsamer politischer Maßnahmen und Strategien in Europa und trägt zum Aufbau von Kohärenz, Koordinierung und Komplementarität bei. Diese formellen und informellen Vereinbarungen werden ebenfalls genutzt, um die Beteiligung der EU-Geber an internationalen Foren und Initiativen zu koordinieren. Hierzu zählen beispielsweise die Generalversammlung der Vereinten Nationen, der UN-Menschenrechtsrat, der Ausschuss für Welternährungssicherheit, die SUN-Bewegung, die Zweite Internationale Ernährungskonferenz (ICN2) sowie G8 und G20.

3. ERKENNTNISSE UND EMPFEHLUNGEN

1. Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit ist eine wichtige Komponente in der EU-Entwicklungs zusammenarbeit: Angesichts der allein 2012 von den EU-Gebern bereitgestellten Hilfen von nahezu 3,4 Mrd. EUR, die in Initiativen in über 115 Ländern einflossen, spielt die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit sowohl hinsichtlich ihres Anteils an der gesamten Entwicklungshilfe (rund 8 % der 2012 bereitgestellten gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe) als auch hinsichtlich ihrer geografischen Abdeckung eine bedeutende Rolle. Im Einklang mit der politischen Strategie, auf die sich die EU und ihre Mitgliedstaaten 2010 geeinigt haben, erhalten insbesondere afrikanische Staaten südlich der Sahara mit unsicherer Ernährungslage erhebliche Unterstützung.
2. Die Mehrheit der Maßnahmen konzentrierte sich 2012 auf drei Prioritäten: Priorität 1 (Verbesserung der Resilienz von Kleinbauern und der Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten) erhielt die größte Unterstützung (rund 60 %), gefolgt von Priorität 5 (Verbesserung der Ernährung) mit 14 % und Priorität 2 (Unterstützung einer wirksamen Governance) mit 12 %.
3. Die EU-Geber könnten ihre Effizienz jedoch weiter verbessern: 68 Partnerländer erhielten im Durchschnitt weniger als 3 Mio. EUR pro Geber. Die durchschnittliche Zahlung liegt bei 1,34 Mio. EUR. Dies zeigt sich am deutlichsten in Zentralamerika; hier wurden vier Länder durch vier oder mehr Geber mit einem durchschnittlichen Betrag pro Geber von weniger als 2,2 Mio. EUR unterstützt. Die EU-Geber müssen ihre Arbeitsteilung weiterhin verbessern, was selbstverständlich unter der Führung der Partnerländer erfolgen muss.
4. Der bedarfsorientierten Forschung, Ausweitung und Innovation muss mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, einerseits durch höhere Investitionen im Einklang mit den 2010 gemachten Zusagen und andererseits, um die Umsetzung der Ergebnisse in Maßnahmen vor Ort sicherzustellen, damit eine maximale Wirkung erzielt wird.
5. Die EU-Geber übernehmen zunehmend eine Führungsrolle bei den von der internationalen Gemeinschaft ermittelten wichtigen Themen. Seit 2010 haben die EU-Geber kollektiv auf Erfordernisse und Krisen im Hinblick auf die Nahrungsmittelsicherheit reagiert, wobei der Schwerpunkt auf Themen wie Ernährung, Resilienz und Zugang zu Land lag. Die EU-Geber unterstützten globale sowie EU-

Initiativen wie SUN, SHARE und AGIR und waren in die Entwicklung der VGGT im Ausschuss für Welternährungssicherheit einbezogen. Auf diesen Erfolgen lässt sich aufbauen, indem Initiativen unterstützt werden, die im Zusammenhang mit den gemeinsamen Prioritäten der EU-Geber stehen.

6. Die Zusammenarbeit mit allen maßgeblichen Akteuren innerhalb der nationalen Systeme bietet einen klaren Vorteil. Eine in Äthiopien durchgeführte Fallstudie zeigte, dass der gemeinsame europäische Beitrag zur Förderung der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit sich für die Entwicklung politischer Strategien und für Investitionen als äußerst wertvoll erwies. Zusammen verfolgen die EU-Geber innovative Ansätze, die in die bestehenden nationalen Systeme Eingang finden. Eine wertvolle Erkenntnis ist, dass Potenzial für einen verstärkten Dialog mit Bauernorganisationen, lokalen und internationalen NRO und der Privatwirtschaft besteht, vornehmlich zur Formulierung und Umsetzung nationaler Programme. Dieser Ansatz sollte in allen Partnerländern verfolgt werden.
7. Die Koordinierung der EU-Geber auf Länderebene sollte über den Informationsaustausch hinausgehen. Koordinierungsmechanismen waren besonders erfolgreich auf globaler, kontinentaler und regionaler Ebene; dies zeigte die EIARD-Erfahrung sowie der ECOWAP-Koordinierungsmechanismus für Entwicklungspartner in Westafrika. Jedoch besteht auf Länderebene Spielraum für Verbesserungen, um die Koordinierung über den Informationsaustausch hinaus zu erweitern, mit dem Ziel, die Kohärenz und Komplementarität sowie den Erfahrungsaustausch zu steigern.
8. Die fortlaufende gemeinsame Programmplanung der EU ist eine gute Möglichkeit zur Verbesserung der Wirksamkeit der Maßnahmen, da sie zu einer besseren Koordinierung, Komplementarität und Arbeitsteilung beiträgt. Infolgedessen können die Entwicklung gemeinsamer ergebnisbasierter Rahmenbedingungen verstärkt und die gemeinsame Überwachung und Evaluierung gefördert werden, auch auf der Ebene der Gemeinschaften. Die gemeinsame Programmplanung in Bezug auf die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit muss verstärkt werden.
9. Die Methodik der gemeinsamen Berichterstattung der EU im Bereich Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit ist zu verfeinern. Dabei sind bestimmte Themen stärker in den Fokus zu rücken, um mehr Gewicht auf die Bewertung der Ergebnisse und Wirkungen zu legen, indem beispielsweise Fallstudien in erster Linie mit den Partnern der EU durchgeführt werden und um qualitativeren Informationen zu erhalten.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK

Dies ist der erste Bericht, in dem die EU-Geber gemeinsam zu einem wichtigen Thema Stellung nehmen. Dieser Bericht stellt ein Instrument der nach oben gerichteten Rechenschaftspflicht dar. Angesichts der von den EU-Gebern im Jahr 2012 bereitgestellten Hilfen von nahezu 3,4 Mrd. EUR, die in Initiativen in über 115 Ländern einflossen, leisten die EU und ihre Mitgliedstaaten einen wichtigen Beitrag zur Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit.

Seit 2010 haben die EU-Geber zunehmend eine Führungsrolle auf globaler Ebene in Bereichen wie Ernährung, Resilienz und Land Governance übernommen. Sie werden diesen erfolgreichen Weg fortsetzen, indem sie auf neue Herausforderungen wie klimafreundliche

Landwirtschaft, ländlicher Wandel und Nahrungsmittelsysteme reagieren. In Afrika ergeben sich, ausgelöst durch den CAADP-Prozess, neue Möglichkeiten für den politischen Dialog und für eine Unterstützung auf Länderebene. Die Deklaration von Malabo von 2014 bezeugt die neuerliche Verpflichtung seitens der afrikanischen Länder zu Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit und legt die Erwartungen auf kontinentaler Ebene dar. Dies könnte dazu beitragen, dass die EU-Geber ihre Unterstützung im Einklang mit der 2010 getroffenen politischen Verpflichtung zum CAADP erhöhen und ihre Maßnahmen stärker darauf ausrichten. In den Partnerländern besteht Potenzial für einen verstärkten Dialog mit Bauernorganisationen, lokalen und internationalen NRO und der Privatwirtschaft. Insgesamt könnte die gemeinsame Programmplanung in Bezug auf die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit verstärkt werden. Durch ihre Zusammenarbeit können die EU und ihre Mitgliedstaaten ein stärkeres Gewicht erlangen und somit eine größere Abdeckung und ein größeres Volumen bei der Entwicklungshilfe erzielen. Dieser Ansatz erhöht die Sichtbarkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten und führt zu einer wirksameren Entwicklungshilfe, zu besseren Ergebnissen und einer größeren Wirkung.

Der vorliegende Bericht setzt die Basislinie für nachfolgende Berichte fest. Im nächsten Bericht wird die Leistung der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Vergleich zur Lage im Jahr 2012 untersucht werden. Zwischenzeitlich wird die bei der Erarbeitung dieses Berichts verwendete Methodik verbessert; es werden ausgewählte Themen und politische Prioritäten betrachtet und mehr Gewicht auf Ergebnisse und Wirkungen gelegt. Es ist geplant, in den nächsten Bericht zur Veranschaulichung ebenfalls auf Partner und Mitgliedstaaten bezogene Fallstudien aufzunehmen.